

Die wilden '68er Jahre an der Universität Heidelberg Vortrag im Morata-Haus Heidelberg 03. Dezember 2014

0		Stationen	
		ab WS 1969/70	Studium der Theologie an der Universität Heidelberg
		1/1970-3/1974	Mitglied im Großen Senat
		2/1970-2/1972	Mitglied im Kleinen Senat
		1971-1972	kommissarischer. Vorsitzender des Senatsausschuss für
			Prüfungsangelegenheiten
		6/1973-3/1974	Vorsitzender des AStA
		1973-1976	Vorstandsmitglied des Studentenwerkes der Universität
			Heidelberg
		12/1974	1. Theologisches Examen
		1975/76	Vikariat in Eppelheim/Petersstift
	\triangleright	1976	Wahlkampfmanager von Rolf Rendorff (SPD) bei der
			Bundestagswahl 1976
		11/1976	Pfarrvikar in Reilingen
		10/1977	Pfarrer in Mannheim
		3/1992	Pfarrer an der Thomaskirche Leipzig (bis 1/2014)

1 Die Anfänge

Als ich zum Wintersemester 1969/70 mein an der Kirchlichen Hochschule Wuppertal im Sommer 1968 begonnenes Theologiestudium an der Universität Heidelberg fortsetzte, war das, was wir "'68" nennen, schon auf dem Höhepunkt. Gibt es aber ein Anfangsdatum für diese Zeit des Um- und Aufbruchs? Ja, man kann die Ereignisse des 2. Juni 1967 als Fanal ansehen: der Tod des Studenten Benno Ohnesorg, von einem Polizisten erschossen im Verlauf einer Demonstration gegen den Besuch des iranischen Despoten, dem Schah von Persien, in Berlin. Diese Gewalttat und die mit ihr einhergehende blinde Rechtfertigung durch die Regierungen in Berlin und Bonn sowie die Hetze in der Springer-Presse haben mich damals elektrisiert und politisiert.

So begann 1967 das, was viele Angehörige meiner Generation als eine wichtige, sie prägende Aufbruchzeit empfanden: Alles wurde infrage- und zur Disposition gestellt – in der Familie, in der Gesellschaft, in den Bildungseinrichtungen, insbesondere die biedere, kleine Bundesrepublik West, Hort des Kapitalismus. Bei mir begann das aktive Aufbegehren damit, dass ich in den Tagen nach dem 02. Juni 1967 Wandzeitungen im Klassenzimmer aufhing – wie in den Universitäten(die kopierten das aus China) und ich verspürte in mir durchaus ein revolutionäres Bauchgefühl. Von meinem Bruder, der in Göttingen studierte, erhielt ich das



Info-Material, das mir sonst unzugänglich gewesen wäre. Das sortierte ich, klebte es auf und versah es mit erläuternden Texten. Um Erlaubnis habe ich niemanden gefragt. Es verlangte aber auch niemand, die Plakate abzuhängen. Entscheidend waren dann die Demonstrationen gegen die Notstandsgesetzgebung (und auch gegen den Vietnamkrieg ab 1967). Wir haben im

April 1968 zu Siebt den Unterricht verlassen, haben uns im Schulhof aufgestellt, ein Transparent entrollt und sind dann in die Düsseldorfer Innenstadt gezogen – um an der zentralen Demonstration teilzunehmen. Am Nachmittag hat dann der Direktor des Gymnasiums bei meinen Eltern angerufen, um mein Verhalten zu rügen und Konsequenzen anzukündigen. Zum Glück hatte ich – im Gegensatz zu den meisten Klassenkameraden - einen

Vater, der uns in diesen Aktionen unterstützte. Wir bekamen zwei Stunden Arrest. Aber das verstanden wir eher als eine Auszeichnung und funktionierten diese zu einer politischen Aktion um. Schließlich waren wir von der Richtigkeit unseres Handelns überzeugt. Und: Jetzt sahen wir eigentlich den Zeitpunkt gekommen, Schulreform anzumahnen. Aber im Juni 1968 schloss ich mit dem Abitur meine Schulzeit ab.



2 Studium Wuppertal

Ich begann dann mein Studium an der Kirchlichen Hochschule in Wuppertal. Obwohl das Studium der Sprachen im Mittelpunkt stand, prägten mich vor allem die politischen Vorgänge und die ersten Schritte zu einer Hochschulreform bzw. Reform des Theologiestudiums. Mit einem Assistenten lasen wir kursorisch Dietrich Bonhoeffer – und ich selbst studierte die politischen Schriften Karl Barths und die Bücher Helmut Gollwitzers, immer die Frage nach der gesellschaftlichen Relevanz des Gelesenen im Kopf. Dies eröffnete mir den Zugang zur Kirchlichen Dogmatik. Intensiv setzte ich mich mit dem sog. Kirchenkampf auseinander. Damals lebten noch viele der Galionsfiguren der Bekennenden Kirche. Und nun rieben wir uns an denen, die einstmals die "Progressiven" waren: Hans Joachim Beckmann, Präses der Rheinischen Kirche, oder Martin Niemöller. Sie wollten von einer Demokratisierung der Kirche nichts wissen und verglichen sehr schnell unsere Politisierungsabsichten auch der Kirche und des Studiums mit der Absicht der Nationalsozialisten, die Kirche fremd zu bestimmen.

Für die gesamte Studentenbewegung gab es 1968 zwei Ereignisse, die sie in erste große Schwierigkeiten stieß: zum einen der Prager Frühling und der Einmarsch der Warschauer Pakttruppen in die CSSR im August 1968 und zum andern das Attentat auf Rudi Dutschke im April 1968. Als Rudi Dutschke am 11. April 1968 (also sieben Tage nach der Ermordung von Martin Luther King) von dem 24-jährigen Josef Bachmann, der die rechtsradikale "Deutschen National Zeitung" bei sich hatte, durch Schüsse schwer verletzt wurde, führte das zu wütenden Protesten gegen den Springer-Verlag, dessen BILD-Zeitung wir verantwortlich machten für die aufgeheizte Stimmung, in der ein solches Attentat geschehen konnte. In Berlin war die Lage hoch brisant und es begann die Gewaltdiskussion: ob man zwischen Gewalt gegen Sachen (Blockade der BILD-Auslieferung) und Gewalt gegen Personen unterscheiden könne. In der innenpolitisch sehr angespannten Lage hielt der damalige Justizminister und spätere Bundespräsident Gustav Heinemann (SPD), einer der wenigen, denen wir mit Respekt begegneten, im Fernsehen eine bedeutende Ansprache. Er sagte damals:

Wer mit dem Zeigefinger auf andere Leute zeigt, sollte nie vergessen, dass drei Finger seiner Hand auf ihn selbst zeigen

Das andere politische Ereignis war noch viel gravierender: Wie beurteilt die Studentenbewegung die Vorgänge in der damaligen CSSR, den Prager Frühling und dann die brutale Niederschlagung des politischen Aufbruchs durch die Panzer der Warschauer-Pakt-Truppen? Man kann die Debatte nur begreifen, wenn man berücksichtigt, dass auch aufgrund des Vietnamkrieges der sog. Westen in eine Legitimationskrise geraten war und die Auseinandersetzung zwischen den beiden Machtblöcken stattfand. Von heute her gesehen halte ich es für fatal, wie zögerlich wichtige Teile der Studentenbewegung den Prager Frühling unterstützt haben: Man kritisierte zwar den sowjetischen Stalinismus, aber sah im Prager Frühling, also im "Demokratischen Sozialismus", im "dritten Weg" zu viele Kapitalisten am Werk. Also kam es zu heftigen politischen Auseinandersetzungen unter den Studierenden, ob man im August 1968 vor der sowjetischen Botschaft in Bonn demonstrieren solle oder nicht. Dass das überhaupt ein Diskussionspunkt war, zeigt eine große Schwäche der Studentenbewegung an: ihr unkritisches bzw. Nicht-Verhältnis zum real existierenden Sozialismus.

3 Universität Heidelberg

Auch an der Uni Heidelberg hatte die Studentenbewegung durch das Dutschke-Attentat, den



Vietnamkrieg und durch die Proteste gegen die Notstandsgesetze eine Verbreiterung und Radikalisierung erfahren. Im Mai kam es zu Sitzstreiks und zu einer der vielen Unibesetzungen. Einer der wenigen Professoren, die sich damals den Studenten stellte, war der Theologe Hans Walter Wolff. Er hielt spontan im Innenhof der Neuen Universität eine Ansprache, erklärte die Kritik an

den Notstandsgesetzen für berechtigt, aber riet von direkten Aktionen ab. Zu denen kam es trotzdem: Uni-Besetzung, alternative Veranstaltungen (sog. Kritische Universität, also der Aufbau eines alternativen Lehrprogramms) und schließlich die Suspendierung des AStA durch die damalige Rektorin Becke. Zuvor hatte eine studentische Vollversammlung mit Mehrheit beschlossen, die Grundordnungsversammlung (GOV) zu boykottieren. Diese war Folge des neuen baden-württembergischen Hochschulgesetzes. So beteiligten sich nur wenige Studierende an der GOV, die die Aufgabe hatte, auf der Grundlage des Hochschulgesetzes eine Grundordnung für die Universität zu erarbeiten.

In Folge der weiteren Politisierung kam es vermehrt zu Polizeieinsätzen in Heidelberg. So auch während einer Stadtratssitzung im Dezember 1968, die von ca. 200 Studierenden aufgesucht wurde. Es ging um eine Verstärkung der Polizeipräsens angesichts der Studentenproteste. In der Sitzung kam es zu Tumulten. OB Reinhold Zundel lies den Saal von der sich in Nebenräumen befindenden Polizei räumen. Konsequenz dieser Aktionen waren vermehrt Anzeigen und Strafverfahren gegen Studierende. Im Dezember 1968 fand dann ein Prozess gegen vier SDS-Mitglieder statt, die im Frühjahr NPD-Plakate mit Hakenkreuzen bemalt hatten. Im Januar 1969 wurden die Räume des AStA polizeilich durchsucht. All das zeigte, dass sich die Universität im Aufruhr befand – zwischen Revolution und Reformation, ohne dass objektiv gesehen die Machtverhältnisse im Staat oder in der Universität in irgendeiner Weise gefährdet waren. Die subjektive Wahrnehmung war allerdings eine andere. Die gespannte Lage in der Stadt entkrampfte sich durch eine sehr erfolgreiche Aktion, initiiert von Studierenden: der Rote Punkt. Die Fahrpreise der HSB sollten erhöht werden. Dagegen regte sich Protest: An zentralen Punkten wurden die Straßenbahnschienen blockiert, und Autos mit rotem Punkt nahmen die Menschen mit - und das klappte. Punktuell gelangte man so zwischen Studentenbewegung und Bevölkerung zu einer Verständigung. Zunehmend mündeten aber die Auseinandersetzungen in massive Polizeieinsätze, nachdem – wie Dietrich Hildebrandt schreibt "das Rektorat spätestens seit Januar nur noch als Polizeibüttel in Erscheinung trat und zunehmend zur Außenstelle der Staatsanwaltschaft geworden ist,

nachdem der neue Rektor Conze dem AStA gleich auch noch die Gelder strich ..." Und so war eigentlich klar, dass es im Wintersemester 1969/70 – und das habe ich dann selbst mit erlebt – in der Neuen Aula zum Eklat kommen musste. Rektor Werner Conze hatte zu einer Diskussion über die neue Grundordnung eingeladen. Die Neue Aula war



Rektor Conze in der Neuen Aula, Eiern und Tomaten standhaltend



überfüllt – und Conze wurde mit Eiern beworfen. Er konnte seine Rede nicht halten und verließ die Neue Aula. Damit war durchgesetzt, was zuvor als Parole ausgegeben wurde:

Wenn Entscheidungen gefallen sind, ist Diskussion Betrug!

4 Hochschulpolitisches Kollektiv

Ich gestehe offen: Diese Art von Auseinandersetzung konnte und wollte ich nicht mittragen. Als ich im Sommer 1969 meinem Onkel, den Alttestamentler Hans Walter Wolff, fragte, ob ich bei ihm im Haus wohnen könne, sagte er sofort zu. Und bei einem langen Spaziergang durch das Mühltal empfahl er mir, mich einer Studentengruppe anzuschließen: das Hochschulpolitische Kollektiv, kurz: Hopoko. In dieser Gruppe seien viele Studierende der



Theologie, Christof Hardmeier, damals wissenschaftliche Hilfskraft von Walter Wolff. Das Hopoko hatte sich Anfang 1969 gegründet, um eine linke Alternative zum sich radikalisierenden SDS zu bieten. Ich ging also zur

Mitgliederversammlung des Hopoko, natürlich auch aus dem Grund, schnell Kontakt zu anderen Studierenden zu finden. Ungefähr 30 Studierende trafen sich – alle Fakultäten waren vertreten, aber besonders viele Theologen. Eine MV dauerte drei bis manchmal fünf Stunden und fand meist ihre Fortsetzung im Palm-Bräu – eine Pizzeria, die bis 3 Uhr geöffnet hatte. Am Ende der wöchentlichen MV wurde festgelegt, wer welches Flugblatt schreibt, wer es druckt und wer es an der Mensa verteilt. Die "Redaktion" fand dann im sog. Kakaobunker statt (Untergeschoss Neue Universität).Dann wurde der Text auf Wachsmatrize getippt und durchgenudelt und ab 11.30 Uhr an der Mensa verteilt. Die Flugblätter waren eng beschrieben – Auflage ca. 5.000 Exemplare (bei 13.000-15.000 Studierenden). Sie fanden reißenden Absatz und: sie wurden gelesen. Natürlich gab es den Sport, ein Flugblatt des SDS oder des RCDS frühzeitig zu ergattern, um dann noch aktuell darauf zu reagieren. Übrigens: Damals gehörte zum Hopoko auch Jutta Ditfurth.

Was aber machte das Hopoko aus? Wir waren eine linksliberale Gruppe, die sich vor allem an Jürgen Habermas orientierte. Sein Buch "Protestbewegung und Hochschulreform" war für uns

die theoretische Grundlage. Darin kritisiert Habermas den Aktionismus der linken Studentengruppen, die die durchaus erfolgreiche Strategie der "begrenzten Regelverletzung" ab 1968 verlassen hätten und sich in der Vorstellungswelt des Guerillakrieges bewegten. Habermas rief dazu auf, dass die "Protestbewegung … nicht in die vorhersehbare Niederlage ihrer aktionistischen Irrläufer hineingezogen werden (darf)." Genau dieser Ansatz führte dazu, dass sich das Hopoko nicht der konkreten Mitarbeit an der Hochschulreform verschloss und den Boykott der neuen Gremien der Hochschule nicht mehr mitmachen wollte. Der sog. antiimperialistische bzw. antikapitalistische Kampf waren für uns mehr ideologische Worthülse denn politische Strategie. Das Hopoko lehnte Gewaltanwendung grundsätzlich ab und vertraute auf den Reformismus, der durch die gerade gebildete neue sozialliberale Koalition auf der bundespolitischen Ebene Wirklichkeit geworden war: Willy Brandt wurde Ende 1969 zum ersten sozialdemokratischen Bundeskanzler nach dem 2. Weltkrieg gewählt.

Nun muss man bedenken, dass zur damaligen Zeit die Bundesrepublik West ein Land war, dem die Aufarbeitung der Nazizeit noch bevorstand. Wir wurden in den Schulen unterrichtet von Lehrern mit Nazi-Vergangenheit. An den Hochschulen tummelten sich ebenfalls noch viele Altnazis. 1968 erhielt die NPD bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg 9,4 Prozent und bei der Bundestagswahl 1969 scheiterte sie knapp an der Fünf-Prozent-Hürde. Damals machte sich ein Vermieter einer Studentenbude an ein unverheiratetes Paar nach § 180 BGB der Kuppelei schuldig. Das Wahlalter lag bei 21 Jahren. Das Anerkennungsverfahren für die Kriegsdienstverweigerung war mit unerträglichen Schikanen versehen. Und es bedurfte nur weniger Regelverletzungen, um die Fassade dieses Deutschlands zum Einsturz zu bringen. Darum hatte der Spruch "Unter den Talaren Muff aus tausend Jahren" eine solch durchschlagende Wirkung. Darum fühlten sich die Ordinarien in ihrer Ehre verletzt, als sie nicht mehr mit "Herr Professor", der Rektor nicht mit "Magnifizenz", der Dekan nicht mit "Spektabilität" angeredet wurden. Auf der anderen Seite zeigte ein Spruch wie "Wer zwei Mal mit derselben pennt, gehört schon zum Establishment" an, dass das Freiheitsstreben verbunden mit einem kräftigen Tabu- und Traditionsbruch grenzenlos alle Lebensbereiche umfasste – auch und vor allem die Sexualität. Dennoch - das Jahr 1969 machte deutlich: Die Reformnotwendigkeiten waren im Establishment angekommen. Die Bereitschaft wuchs, diese jetzt konkret umzusetzen – und auch die Nazivergangenheit Deutschlands, die ein Franz Joseph Strauß schon ad acta legen wollte, aufzuarbeiten. Für uns als Hopoko kam es darauf an, zwei Notwendigkeiten gerecht zu werden: uns theoretisch zu wappnen, um in der Debatte mit den linken, kommunistischen Gruppen standzuhalten und konkrete Reformschritte zu gehen. Die bestanden darin, sich an den Wahlen der neuen Gremien zu beteiligen. Diese waren für Januar 1970 angesetzt, wurden aber vom SDS und anderen linksradikalen Gruppen boykottiert. Wir stellten eine Liste auf – und so wurde ich damals nicht nur Mitglied im Großen Senat, sondern auch einer von drei Studierenden im Kleinen Senat (ab Februar 1970).

Bevor ich darauf eingehe, muss ich von einer Begebenheit erzählen, die sich im Dezember 1970 zutrug. Am 13.12.1969 fand eine Vietnam-Demonstration statt. Dabei wurde die Tür des Amerika-Hauses (heutiges DAI) aufgebrochen und Scheiben der Deutschen Bank eingeschlagen. Darauf zog Rektor Conze die Genehmigung für eine studentische Veranstaltung in der Neuen Universität zurück - mit der Folge, dass auch dort die Tür ausgehebelt und in den Neckar geworfen wurde. Der SDS verstand die Demo als Verbindung des antiimperialistischen Kampfes mit der Studentenbewegung. In der darauf folgenden Woche war dann im überfüllten Hörsaal 13 ein Teach-in, in dem die Aktionen debattiert wurden. Ich war auserkoren, die Position des Hopoko darzulegen: zum einen die Kritik am Vietnam-Krieg, zum andern sollte ich die Gewaltanwendung bei der Demo als untaugliches Mittel deklarieren und dem Gedanken "Was sind zerschlagene Fensterscheiben gegen die Toten durch Napalmbomben" widersprechen. Ich kann mich noch sehr genau daran erinnern, dass meine Rede im Tumult unterging – und ich anschließend von den redegewandten Demagogen Günter Mangold, Joscha Schmierer, Dietrich Hildebrandt niedergemacht wurde. Völlig verunsichert und frustriert schlich ich nach Hause und verkroch mich in mein Bett, weil ich dachte: Nun kannst Du dich nie mehr blicken lassen an der Uni. Am Abend hatten wir dann unsere Mitgliederversammlung. Ich bin mit zitternden Knien dahin gegangen – und wurde von der Gruppe in wunderbarer Weise aufgefangen. Man hat meinen Auftritt als gar nicht so schlimm empfunden. Für mich war damit mein angeknackstes Selbstbewusstsein wiederhergestellt. Mehr denn je war ich davon überzeugt, dass wir die Zwei-Fronten-Auseinandersetzung offensiv führen müssen.

5 Rektorat Rendtorff

5.1 Die Wahl

Im Großen Senat wie in den Fakultätsgremien herrschte aufgrund der Grundordnung der Universität Viertel-Parität: Ordinarien, Assistenten, Studierende, Nichtwissenschaftliches Personal. Das Hopoko ging bei den Studierenden aus den Wahlen als Sieger hervor, die Reformkräfte gewannen die Mehrheit im Großen Senat. Und so konnte am 31. Januar 1970 der Alttestamentler Rolf Rendorff, Kandidat der Reformfraktion, zum Rektor gewählt werden. Am 01. Februar 1970 nach dem Universitätsgottesdienst in der Peterskirche bat mich mein Onkel, der Alttestamentler Hans Walter Wolff, dem im gegenüber liegenden Haus wohnenden Nachbarn, dem emeritierten Professor für Altes Testament, Lehrer und Doktorvater von Rolf Rendtorff, Gerhard von Rad, über die Rektorwahl zu berichten. Dass Rendtorff sich gegen den Kandidaten der Ordinarien, Werner Conze, durchsetzen konnte, soll angeblich dazu geführt haben, dass der damalige Kultusminister und ehemalige Professor für Praktische Theologie, Wilhelm Hahn (CDU), in seinem Stuttgarter Ministerium eine schwarze Fahne gehisst haben soll. Ja, die große Mehrheit der Ordinarien war schockiert- obwohl sie, wie sich schon bald zeigen sollte, nichts von ihrer Machtfülle verloren hatten. Für mich, wie für viele Studierende, war diese Wahl aber die logische Fortsetzung der Brandt'schen Reformpolitik auf Ortsebene: endlich ein demokratisch gewählter Rektor, der für sich in Anspruch nehmen konnte,



Repräsentant aller an der Universität tätigen Gruppen zu sein. Ich kann mich jedenfalls noch sehr genau daran erinnern, dass diese Wahl wie eine Befreiung auf mich wirkte: Die Macht der Ordinarien schien gebrochen und dem Boykott der Organe der Universität durch die linken Studentengruppen wie den "Sozialistischer Deutscher Studentenbund" (SDS) war die politische Legitimation entzogen worden. Denn das Wahlergebnis unterstrich: Es lassen sich Mehrheiten für eine Reformpolitik im Habermas'schen Sinn bilden.

So ging ich also zu Gerhard von Rad. In seinem Wohnzimmer fand ich eine erlauchte Frühschoppen-Runde vor: neben ihm und seiner Frau, Hans Walter Wolff, der Arzt Michael von Rad (Sohn von Gerhard von Rad) und der Kirchenrechtler Axel von Campenhausen.

Dieser beherrschte die Diskussion. Ich habe ihn als knallharten Rechtsaußen in Erinnerung. So musste ich die Wahl Rendtorffs gegen die teils süffisanten, teils provozierend arroganten Einwürfe von Campenhausens verteidigen – und dies vor zwei Fachkollegen von Rolf Rendtorff, von denen ich wusste, dass sie Rendtorff mit einiger Distanz gegenüber standen. Gerhard von Rad, der mit der ihm eigenen feinen Zurückhaltung das Gespräch verfolgte, hat sich hinterher dafür bedankt, dass ich trotz der aggressiven Einwürfe von Axel von Campenhausen (für ihn bedeutete die Wahl den Untergang der Universität) in seinen Augen ruhig und überlegt die Position des Hopoko vertreten habe. Auch blieb mir nicht verborgen, dass von Rad eine Grundsympathie für Rendtorff ausstrahlte – kein Wunder, gehörte Rendtorff zu seinen Schülern und wurde von ihm gefördert. Hinzu kam, dass sowohl von Rad wie auch Hans Walter Wolff Anhänger der sozialliberalen Koalition und der Brandt'schen Reformpolitik waren. Gerhard von Rad war übrigens ein guter Freund vom damaligen Bundespräsidenten Gustav Heinemann. Was mir in der kurzen Stunde am Sonntagmorgen deutlich wurde: Wie sehr sich an Rolf Rendtorff von Anfang an die Geister geschieden haben und wie isoliert Rendtorff unter den Ordinarien war.

5.2 Die Folgen

Mit der Wahl Rendtorffs zum Rektor brach insofern eine neue Zeit an, als die reformwilligen Gruppen der Universität nun ihre Vorstellungen einer erneuerten Universität umsetzen konnten. Zumindest konnten sie das Mitbestimmungsrecht nutzen, um Mehrheiten für neue Initiativen zu bilden – wie die Bildung von integrierten Gesamthochschulen, ein Versuch die Hochschullandschaft in Deutschland resp. in Baden Württemberg den europäischen Erfordernissen anzupassen. Allerdings bewegte sich die Reformfraktion damals auf einem schmalen Grad. Auf der einen Seite war da das aggressive Beharrungsvermögen der



Ordinarien - willfährig unterstützt vom CDU-Kultusminister, der zunehmend sein eigenes Hochschulgesetz torpedierte. Noch 1968 war in der Einleitung des vom Kultusministerium herausgegebenen Hochschulgesetzes zu lesen:

Dies bedeutet im Kern nichts anderes, als dass die **Erbhöfe der Ordinarienabgeschafft** sind.

Und auf der anderen Seite standen die radikalen Studentengruppen wie der SDS, die sich im antiimperialistischen Kampf sahen und zunehmend blind wurden für die Erkenntnis wurden, dass sich Protest der Bewährung in der alltäglichen Wirklichkeit, also in den Gremien stellen muss.

So schaukelten sich konservative Professoren und Linkradikale Studenten gegenseitig hoch – und hatten in den Reformgruppen ihren gemeinsamen Gegner. Um es deutlich zu sagen: Die



Eier, mit denen manch ein Professor konservativer von linksradikalen Studenten beworfen wurde (der Jurist Karl Doehring bewahrte nach eigener Aussage seinen beschmutzten Anzug wie eine Trophäe, eine Reliquie in seinem Kleiderschrank auf), waren für die Konservativen ein Klacks gegenüber der Gefahr, dass der unkontrollierte

Einfluss und die Herrschaft der Ordinarien durch die Reformer nachhaltig infrage gestellt wurden. Es ist bezeichnend, dass im Bericht der OECD über das Bildungswesen in Deutschland aus dem Jahr 1972 – übrigens nie offiziell ins Deutsche übersetzt - zu lesen ist:

Die Professoren definierten die Universität im Wesentlichen einfach als aus ihnen allein bestehend.

5.3 Das Sozialistische Patientenkollektiv

Geprägt war die erste Amtszeit von Rolf Rendtorff durch Konflikte, die mE nicht zufällig aufbrachen. Ich beginne mit dem sog. Sozialistischen Patientenkollektiv (SPK). Als Rendtorff im Februar 1970 seine Kandidaten für die Prorektorenwahl präsentierte – den Juristen Adalbert Podlech und den Psychiater Dr. Helmut Kretz – schien zunächst alles einen normalen Verlauf zu nehmen. Denn die Mehrheitsverhältnisse im Großen Senat waren klar. Bewusst hatte Rendtorff zwei Vertreter des Mittelbaus nominiert, die aufgrund ihrer wissenschaftlichen Reputation überzeugten und unsere, der Studenten volle Unterstützung fanden. Doch exakt am Tag der Wahl erschien in der Tagespresse ein Artikel über die vorgesehene Entlassung des Kollegen von Kretz, dem Assistenzarzt an der Psychiatrie

(Lehrstuhl Walter Ritter von Baeyer) Dr. Wolfgang Huber (nicht zu verwechseln mit Bischof Wolfgang Huber und dem SPD-Stadtrat Dr. Wolfgang Huber, die damals auch in Heidelberg



lebten). Da die Rolle von Kretz in diesem Konflikt für uns Studenten undurchsichtig blieb, versagten wir ihm die Stimme – später habe ich das als Fehler angesehen, aus dem sich eine Schwächung von Rendtorff zum ungünstigsten Zeitpunkt ergab. Ich kann den Konflikt jetzt nicht in allen Einzelheiten ausbreiten. Derzeit erstellt Christian **Pross** vom Behandlungszentrum für Folteropfer in Berlin eine ausführliche und fundierte Untersuchung. Nur so viel: Als der Arzt Huber im Februar 1970 entlassen werden sollte, verweigerte Rendtorff

zunächst die Unterschrift. (Ich persönlich bin fest davon überzeugt, dass man mit dem Entlassungsantrag bewusst gewartet hat, bis Rendtorff Rektor geworden ist, um ihm dann den Konflikt, der schon 1969 ausbrach, vor die Füße zu werfen.) Rendtorff wollte zuerst mit allen am Konflikt Beteiligten reden. Aber Gespräche lehnten die zuständigen Ordinarien ab. Diskursives Handeln, offene Aussprache, Kompromisse waren ihnen fremd. Als dann, nach der Entlassung Hubers, seine Patienten ihm folgten und diese Gruppe viele der "Mühseligen und Beladenen" in Heidelberg anzog, sah sich Rendtorff zum Handeln veranlasst – weniger im Blick auf die schwierige Persönlichkeit eines Dr. Wolfgang Huber, als vielmehr im Blick auf die weit über 200 Menschen, die dringend der Hilfe bedurften – u.a. weil etliche unter ihnen als suizidgefährdet galten. So konnten wir im Windschatten des Konfliktes auch die mangelnde psychiatrische Versorgung der Studentenschaft thematisieren. Rendtorff, der den Ansatz einer autonomen Patientenversorgung zunächst unterstützte und Räumlichkeiten der Universität zur Verfügung stellte, holte sich den Rat bei renommierten Psychiatern, darunter Horst Eberhard Richter. Im Kleinen Senat wurde in stundenlangen Debatten versucht, eine langfristige Lösung zu finden. Doch wurden diese von den Medizin-Ordinarien und vom Kultusministerium weitgehend torpediert. Auch fanden wir im Kleinen Senat keine Mehrheit dafür, die Patientengruppe als Einrichtung der Universität weiterzuführen. Während meine Achtung vor Rendtorff wuchs, habe ich diese den Klinikdirektoren gegenüber verloren – nicht aus politischen Gründen, sondern weil ich es noch heute als menschliche Niedertracht empfinde, wie sie eiskalt eine mögliche Lösung dieses schwierigen Konfliktes hintertrieben haben aus einem einzigen Grund: den ungeliebten Rektor Rendtorff Schaden zuzufügen. Ein interessanter Nebenaspekt: Die kommunistischen Hochschulgruppen beteiligten sich genauso wenig an einer Konfliktlösung wie die konservativen Professoren. In dem Buch von Dietrich

Hildebrandt "... und die Studenten freuen sich!". Studentenbewegung in Heidelberg 1967-1973" wird das SPK mit keinem Wort erwähnt. Dass sich dann aus dem SPK (so nannte sich die Gruppe ab Sommer 1970) heraus eine Terrorgruppe im Umfeld der Rote Armee Fraktion (RAF) herausgebildet hat, die verantwortlich war für den Anschlag auf die schwedische Botschaft im Jahr 1975, gehört zu den traurig-tragischen Folgen dieser Geschichte, mit der Rendtorff nichts mehr zu tun hatte. Allerdings gelang es 1971, beim damals vom Kultusministerium unabhängigen Studentenwerk eine "Psychotherapeutische Beratungsstelle" einzurichten, die von Dr. Dieter Spazier, auch einem Gutachter des SPK, aufgebaut und geleitet wurde.

5.4 **Der Polk-Brief**



Rektor Rendtorff diskutiert mit Studenten.

Als Rektor Rendtorff und seine beiden Prorektoren Adalbert Podlech und Cornelius Noack im Mai 1970 eine Einladung von General James Polk zum

CENTAG-Sommerball erhielten, wiesen sie diese öffentlich zurück:

In einer Zeit, in der der gegen den Willen der Mehrheit des

(FR-Bild: Gerhard Ballarin vietnamesischen Volkes

geführte Krieg in einen Indochinakrieg ausgeweitet wird und während in den Vereinigten Staaten Studenten erschossen werden, die gegen diesen Krieg opponieren, sehen wir uns außerstande, uns bei "Cocktails, Tanz, Unterhaltung und Kaltem Buffet" mit denen zu vergnügen, die für diese Gewalt mit die Verantwortung tragen.

Es kam zu einem Aufschrei im konservativ-bürgerlichen Mileau Heidelbergs, der Landesregierung und der konservativen Professoren, die sich nicht nur distanzierten und bei den Amerikanern gouvernantenhaft entschuldigten, sondern auch das politische Mandat der Organe der Universität bestritten. Darum kam es zu einer Debatte, wie weit universitäre Organe eine politische Verantwortung haben und sich in der Wahrnehmung dieser die Autonomie ausdrückt – eine auch heute höchst aktuelle Frage. Für uns Studenten war aber dieser demonstrative Akt genau das, was wir von einem Rektorat Rendtorff erwarteten: nicht das Nachplappern der herrschenden politischen Meinung wie in der Weimarer Republik und im Faschismus, sondern eine deutliche Kritik in diesem Fall an der Kriegführung der US-Administration in Vietnam und Kambodscha und eine Solidarität mit den amerikanischen Universitäten, die sich an der Antikriegsbewegung beteiligten.

Für mich ist der Polk-Brief mit einer persönlichen Erinnerung verbunden. Ich besuchte im SS 1970 die Vorlesung meines Onkels Hans Walter Wolff über die Prophetie im Alten Testament in der Alten Aula. Er war damals Dekan der Theologischen Fakultät. Ende Mai, auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung um den Polk-Brief, eröffnete er die Vorlesung mit der Aufforderung an uns Studenten, jetzt absolut solidarisch zu sein mit dem Rektorat Rendtorff. Er benötige jetzt jede Unterstützung. Sein Brief an Polk sei angemessen, politisch richtig und für einen Theologen und Kirchenmann überfällig. Ganz so einheitlich war die Ordinarienfront dann doch nicht.

5.5 Zerrieben zwischen den Fronten

Auf den studentischen Vollversammlungen mussten wir den Kopf für das Rektorat Rendtorff hinhalten und uns "als Hure des kapitalistischen Systems" beschimpfen lassen. Ich selbst – SPD-Mitglied und Jungsozialist - wurde auf etlichen Vollversammlungen wegen der Brandt-Politik scharf angegriffen, versuchte diese zu verteidigen (nicht verlegen, sondern aus Überzeugung), während die Juso-Führung Heidelbergs sich damals darin erging, den SDS links zu überholen. Ja, es fiel damals manchen sehr schwer, sich links zu positionieren und sich gleichzeitig abzugrenzen gegen die kommunistischen Gruppen, die ja nicht nur eine sozialistische Ausrichtung hatten, sondern sich auch an der Diktatur des Proletariats, also an Lenin orientierten – wobei die

on links). — Rektor Rolf Rendtorff erhielt um 10.55 Uhr Nachricht vom SDS-Verbot und zu davon, daß Polizei in den ASIA-Raumen SDS-Materialien beschlagnahmte. Er legte ild Einspruch ein. Unser Bild (rechts) zigt Rendtorff auf dem Weg in den ASIA.

Betonung auf Diktatur liegt. So machte das Hopoko im SS 1970 schwierige Zeiten durch. Der erste Schwung war verflogen. Die reformistischen Ideen waren in der Studentenschaft schwer zu vermitteln. Und als dann der SDS im Juni 1970 verboten wurde (nach den Krawallen anlässlich der sog. McNamara-Konferenz), standen wir sozusagen im Abseits. Denn nun trat eine große Solidarisierung mit dem SDS ein. Aber auch hier

gerieten wir wieder zwischen die Mühlräder. Mit dem Verbot des SDS durch den Innenminister Baden-Württembergs – das war Walter Krause von der SPD (es herrschte ja eine Große Koalition; und in der Opposition war eine starke NPD) – sollte ja nicht so sehr die linksradikale Studentenschaft getroffen werden als vielmehr das Rektorat Rendtorff und mit ihm die Reformgruppen wie das Hopoko.

Damals verliefen die Konflikte alle nach dem gleichen Strickmuster: Das Kultusministerium nimmt einen Vorfall in der Universität oder im Umfeld der Universität zum Anlass, diesen dem

Rektorat Rendtorff anzulasten; verlangt Distanzierung oder hartes Durchgreifen; wenn dies nicht geschieht, gibt es dirigistische Eingriffe, ausgelöst durch Dienstaufsichtsbeschwerden der konservativen Ordinarien, angeführt von den Juristen um Karl Doehring, Othmar Jauernig und Hubert Niederländer – und in allem sekundierte der Heidelberger Oberbürgermeister Reinhold Zundel. Eingehen möchte ich auf ein Ereignis am 28. November 1971. Im "Zieglerbräu" kamen 110 Lehrstuhlinhaber zusammen, um im Windschatten der Gründung des "Bund Freiheit der Wissenschaft" (BFdW) die konservativen Ordinarien an der Universität Heidelberg zu organisieren und ihren Interessen eine politische Durchsetzungskraft zu verleihen. Zu der Versammlung wurden alle Lehrstuhlinhaber eingeladen. Der zentrale Satz der an diesem Abend von 68 Professoren unterschriebenen Resolution (122 von insgesamt 193 Professoren sollen sich ihr letztlich angeschlossen haben), lautete:

Der derzeitige Rektor der Universität besitzt nicht das Vertrauen der Professoren.

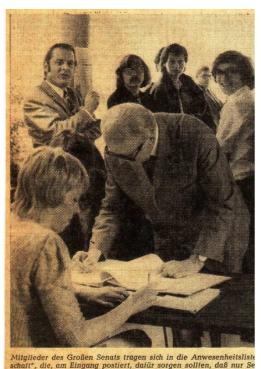
Das war eine deutliche Kampfansage an das Rektorat Rendtorff, nach der man aber seit dem 31. Januar 1970 schon handelte. Der Philosoph Michael Theunissen, selbst Teilnehmer des Treffens und einer der wenigen ganz aufrechten Rendtorff-Unterstützer unter den Ordinarien, hat die Wagenburgmentalität auf dieser skurrilen Veranstaltung in einem noch heute lesenswerten Artikel im "unispiegel" beschrieben:

Kollegialität, nach außen zur Schau getragen als Einheit der Gruppe, schlägt nach innen in ihr Gegenteil um, sobald sie es mit denen zu tun bekommt, die diese Einheit verschmähen, weil sie eine größere vor Augen haben. "Herr T.(heunissen), beinahe hätte ich gesagt: Herr Kollege T.(heunissen) …" – es war ein Vertreter des "Bundes Freiheit der Wissenschaft", der sich glücklich schätzte, einer unangemessenen Ausdrucksweise gerade noch entronnen zu sein.

unispiegel 58/71 vom 23. Dezember 1971

Auf dieser lächerlich kleingeistigen Befindlichkeitsebene wurde Rendtorff bis zu seinem Tod behandelt. Als der Fahrer der Rektoren nach über 40-jähriger Dienstzeit in den Ruhestand ging oder starb, erschienen Bilder der Rektoren, die er gefahren hat – bis auf ein Bild: das von Rolf Rendtorff. Und als Rendtorff vor acht Jahren ins Augustinum einzog, soll ein Raunen durch das Haus gegangen sein: der jetzt hier?

5.6 Rücktritt



Zwar wurde Rolf Rendtorff im Januar 1972 noch einmal zum Rektor gewählt. Aber als im Februar sich der neu gewählte Große Senat konstituierte, hatten die Reformer die Mehrheit verloren. Das führte dazu, dass zwei konservative Professoren zu Prorektoren gewählt wurden. Auch verloren wir die Mehrheit im Präsidium des Großen Senats. Damit gab es kaum mehr eine gestalterische Möglichkeit. Dies alles fand statt in einer Zeit, da die sozial-liberale Koalition zusammen mit den Ministerpräsidenten verhängnisvollen "Radikalenerlass" in Kraft setzte, die CDU Baden-Württemberg Landtagswahlen im April 1972 die absolute Mehrheit

gewann, das

Misstrauensvotum gegen Willy Brandt scheiterte, im Mai bei einem Attentat der RAF auf das Headquarter der US-Army zwei Soldaten getötet wurden und 17. November 1972 am Bundestagswahlen vorgezogenen stattfanden. Rendtorff hatte sich zu Beginn des WS 1972/73 entschlossen, zurückzutreten – allerdings mit Rücksicht auf die SPD erst am 18. November 1972, also nach der Bundestagswahl. Der Dezember war dann noch einmal von einem massiven Polizeieinsatz gekennzeichnet: Peter Brückner, der Hannoveraner Soziologe, sollte in der Neuen Universität reden. Er



stand damals unter Verdacht, Verbindung zu Terroristen zu haben. Die Veranstaltung wurde verboten und die Uni durch Polizei abgeriegelt. Die Veranstaltung fand dann open air auf dem Rathausplatz statt.





6 AStA-Vorsitz



Auf der anderen Seite – und das war die erdrückende Mehrheit – konnte das Hopoko mit seiner linksliberalen Ausrichtung überzeugen – insbesondere auch in den Fachschaften. Das führte dazu, dass das Hopoko einen ungeheuren Zulauf erfuhr. Manchmal kamen 100 Studierende zu den MV's. Zur Studentenparlamentswahl im SS

Das Scheitern des Rektorats Rendtorff und der grandiose Sieg der SPD bei der Bundestagswahlen 1972 hatten zur Folge, dass innerhalb der Studierendenschaft ein Umdenken einsetzte. Auf der einen Seite kam es zu weiteren Radikalisierungen (RAF), während sich die Trennung zwischen der undogmatischen Sponti-Bewegung und den dogmatischen K-Gruppen weiter verfestigte.



1973 traten wir in allen Fakultäten an und gewannen bei einer Wahlbeteiligung von über 40 Prozent die absolute Mehrheit der Sitze. Im vollbesetzten Hörsaal 13 (ca. 800 Studierende) fand die konstituierende Sitzung des Stupa statt – und nach einer fast einstündigen Antrittsrede wurde ich zum AStA-Vorsitzenden gewählt: "Studieren als politischer Vorgang"



war das zentrale Thema. Ich war dann von Juni 1973 bis April 1974 AStA-Vorsitzender. In dieser Zeit galt es, den AStA als Körperschaft des öffentlichen Rechts zu erhalten und das politische Mandat zu verteidigen. Dieses wollte man uns absprechen, weil es angeblich im Widerspruch zur Zwangsmitgliedschaft stand. Ebenso haben wir in dieser Zeit ein alternatives Studium Generale organisiert.

6.1 Studium Generale



Und da kam es zu einem schweren, aber signifikanten Zwischenfall. Am 05. November 1973 sollte eine Disputation zwischen Richard Löwenthal vom "Bund Freiheit der Wissenschaft" und Helmut Ridder vom "Bund demokratischer Wissenschaftler (BdWi)" stattfinden. Die Neue Aula war überfüllt. Die KHG hatte angekündigt, die Diskussion nicht zuzulassen. Ich war fest entschlossen, eine Sprengung nicht zu dulden. Also habe ich mir vor der Veranstaltung vom Hausmeister den Mikrophonknopf besorgt und in meine Hosentasche gesteckt. Darum mussten sich die Vertreter der KHG eines Megaphons bedienen. Damit forderten sie schon vor

Beginn der Veranstaltung lauthals, Löwenthal dürfe nicht reden. Sie drangen aber nicht durch. Zunächst stand ich mit Löwenthal und Ridder an der Stirnwand der Neuen Aula. Ich bat sie, auf keinen Fall die Aula zu verlassen. Ich würde jetzt ans Pult gehen und mit der Veranstaltung beginnen. Langsam kämpfte ich mich bis zum Rednerpult vor. Als ich dies erreicht hatte, schloss ich das Mikrophon an und begann zu reden. Immer wieder wurde versucht, mich vom

Pult zu drängen. Hinter mir entstanden Rangeleien Hopokisten zwischen und KHGlern. Ich sagte dann ruhig und bestimmt: Ich gehe nicht, nicht Ridder bevor und Löwenthal hier neben mir stehen. Das wurde als Provokation verstanden. Plötzlich wurde ich niedergeschlagen. Die im Veranstaltung endete



Tumult. Ich kam ins Krankenhaus. Am nächsten Morgen las ich auf einer Wandzeitung: "Theologiestudent probt Kreuzesabnahme". Wieder wurde eine Vollversammlung angesetzt. Wieder war die Neue Aula überfüllt. Die KHG wollte den Rücktritt des Hopoko-AStA erzwingen. Doch das lehnten wir ab – auch dann, wenn die VV diese Forderung unterstützen sollte (was tatsächlich mehrheitlich geschah) – mit dem Hinweis auf die im Dezember stattfindenden

C_{W} Beratung für Kirche, Politik und Kultur

Stupa-Wahlen. Diese gewannen wir dann deutlich mit 43 Prozent der Stimmen bei über 30 Prozent Wahlbeteiligung.

6.2 § 218

Ein weiterer Konfliktpunkt war der Umgang mit dem § 218 StGB. Danach stand Abtreibung unter Strafe. Seit Jahren aber wurden vom Sozialreferat des AStA Adressen von Ärzten in Holland vermittelt, die Abtreibungen vornahmen. Dieser "Service" wurde von Frauen aus allen Gesellschaftsschichten in Anspruch genommen. Ja, der AStA war auch zu meiner Zeit die einzige "Beratungsstelle" in Sachen Schwangerschaftsabbruch in Heidelberg. Das empfand ich als einen an sich unerträglichen Skandal, über den wir aber nicht offen reden konnten, wollten, durften. Darum habe ich damals alles befürwortet und unterstützt, was uns aus dieser Zwickmühle herausbringt. Außerdem mussten wir damit rechnen, dass irgendwann die Polizei auftaucht.

7 Schlussbemerkung



Jahren deutlich zu spüren, dass sich sehr viel veränderte. Die Protestkultur wanderte aus den Universitäten in die Gesellschaft: Bürgerinitiativen, Anti-AKW-Bewegung, die Gründung der Grünen, die Friedensbewegung

Im März trat ich dann zurück, um mich meinem Examen zu widmen. Ein Theologiestudent, Gottfried Orth, wurde mein Nachfolger. Meine politische Arbeit verlagerte ich in die SPD. An der Universität Heidelberg war in den folgenden



waren deutliche Signale dafür, dass die Gesellschaft doch mehr von den Studentenprotesten verstanden hatte, als wir damals wahrhaben wollten. Ähnliches spielte sich auch auf Heidelberger ab: insbesondere wurde Ebene erbittert über Stadtentwicklung/Altstadtsanierung gestritten. Häuser, die abgerissen werden sollten, wurden besetzt. Auch kam es zu neuen Demonstrationen gegen neuerliche Fahrpreiserhöhungen – mit massiven Polizeieinsätzen. Und: die Sponti-Szene entwickelte sich, was in einer so überschaubaren Stadt wie Heidelberg schon prägend war – allerdings nicht so, wie es die Ausstellung "Heidelberg's wilde 70er" es suggeriert. Die Universitäten aber kehrten zu den alten Verhältnissen zurück – und sind heute wieder eine Demokratie freie Zone. Aber das waren sie ja nie, auch 1989 nicht: eine Stätte der Demokratie - dafür aber immer ein Hort absolutistischen Gehabes und autoritären Denkens. Dagegen sind wir Sturm gelaufen. Die

Studentenbewegung war im Kern ein Aufstand gegen über Jahrhunderte gewachsene und wirksame Gehorsamsstrukturen – überfällig nach der Nazizeit und notwendig für die Entwicklung der Demokratie. Dass sich Teile der Studentenbewegung leider auch verirrt haben, dem Wahn verfielen, als könne man mit Gewalt und unter Ausgrenzung des Andersdenkenden eine Gesellschaft entwickeln, gehört ebenso zur nüchternen Bilanz wie die Erkenntnis, dass Viele derer, die in dieser Zeit zwar politisiert wurden, aber auch über die Erfolglosigkeit frustriert waren, den Keim für die Abwesenheit von Politik und kritischem Diskurs in die nächsten Generationen gelegt haben und es versäumt haben, Demokratie als bleibende, tägliche Herausforderung und Aufgabe zu verstehen. Letzteres ist für mich das bleibende Erbe einer Zeit, die ich nicht missen möchte.

Christian Wolff, Pfarrer i.R. Beratung für Kirche, Politik und Kultur info@wolff-christian.de

Benutzte Literatur

Karin Buselmeier, Dietrich Harth, Christian Jansen (Hrsg.), Auch eine Geschichte der Universität Heidelberg, Mannheim 1985

Jürgen Habermas, Protestbewegung und Hochschulreform, edition suhrkamp 354, Frankfurt am Main 1969

Dietrich Hildebrandt, "... und die Studenten freuen sich!". Studentenbewegung in Heidelberg 1967-1973, Heidelberg 1991

Ekkehard Nuissl, Rolf Rendtorff, Wolff-Dietrich Webler, Scheitert die Hochschulreform? Heidelberg zum Exempel, rororo aktuell 1706, Hamburg 1973

Rolf Rendtorff, Kontinuität im Widerspruch. Autobiographische Reflexionen, Göttingen 2007 Peter Schneider, Rebellion und Wahn. Mein '68, Köln 2008

Eigenes Archiv (Zeitungsausschnitte, Flugblätter, unispiegel 1969-1976)